

Nahwärmenetz in Wyhl sinnvoll?

Gemeinderat vergibt Auftrag für Machbarkeitsstudie

Von Ilona Hüge

WYHL. Der Gemeinderat hat in öffentlicher Sitzung am Donnerstag bei einer Gegenstimme eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung der Abwärme aus der Biogasanlage über ein Nahwärmenetz in Auftrag gegeben.

Die Anlage könnte aus der Abwärme, die bislang ungenutzt in die Atmosphäre geht, rund 1,5 Millionen Kilowattstunden Energie im Jahr liefern. Die Studie soll klären, ob es technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, die 1,5 Kilometer entfernten öffentlichen Gebäude anzuschließen.

Die beiden Hallen und die Schule haben einen Bedarf zwischen 600 000 und 700 000 Kilowattstunden pro Jahr. Die Kosten liegen bei rund 8000 Euro, etwas mehr als die Hälfte zahlt der Betreiber der Biogasanlage.

Gemeinderat Wolfgang Koch sah die Beauftragung der Studie nicht als Aufgabe der Gemeinde. „Meiner Meinung nach sind Sie gefordert und nicht die Gemeinde“, sagte er an die Adresse des Eigentümers. Gemeinderat Dietmar Schwörer vertrat eine andere Ansicht: Er sei „schon aus Umweltgründen dafür“, sagte er. Bürgermeister Ferdinand Burger und mehrere Gemeinderäte erinnerten daran, dass die Gemeinde in der Pflicht stehe. Sie machte von Anfang beim Thema Biogasanlage deutlich, dass ein Interesse an der Versorgung öffentlicher Gebäude beste-

he. „Das war ein Grund fürs Ja zu Biogasanlage“, sagte Daniela Krause.

Der Gemeinderat hat einstimmig die erste Änderung des Bebauungsplans Industrie- und Gewerbegebiet III als Satzung beschlossen. Die Änderung wurde nötig, um der Firma Reuter Chemische Apparatebau KG die angestrebte Entwicklung am Standort Wyhl zu ermöglichen. Der Rat wog Bedenken und Anregungen ab, die in der zweiten Runde der Offenlage eingegangen waren. Unter anderem machte das Denkmalamt aufmerksam, dass es sich um eine „archäologische Verdachtsfläche“ handelt. Vor dem Baubeginn findet daher eine Sondierung statt. Einwände von privater Seite gab es nicht.

Der Stromvertrag für die Straßenbeleuchtung läuft zum Jahresende aus. Die Verwaltung schlug vor, wie beim letzten Mal über einen Dienstleister an einer Bündelungsausschreibung teilzunehmen. Gemeinderätin Daniela Krause löste eine Diskussion zu Ökostrom aus. Eine Mehrheit im Gremium war dafür, dass die Gemeinde ein gutes Beispiel geben und Ökostrom bevorzugen sollte. Geschlossen stimmte das Gremium für die Teilnahme an der Bündelungsausschreibung.

Nichtöffentlich beriet der Rat über die Nachfolge von Thomas Schweizer (Standesamt), der in Ruhestand geht. Eine Entscheidung über den Verkauf von acht Bauplätzen im „Etterpfad“ an einen Bauträger vertagte das Gremium. Verkauft wurden fünf Reihenhauplätze an einen Bauträger, dessen Konzept überzeugte.